

Fallbeschreibung der Familie Pacolli, Gallneukirchen

Herr Pacolli Izjadin verließ im Jahre 2001 sein Heimatland Kosovo. Im Jahr 2003 kam seine Frau Selvete und die 3 Kinder Alban (14 Jahre), Arianit (11 Jahre) und Ramadan (10 Jahre) nach.

Seit dieser Zeit hat sich die Familie Pacolli hervorragend integriert. Sie sprechen sehr gut Deutsch und haben einen sehr großen Bekannten - bzw. Freundeskreis in Gallneukirchen.

Die Arbeitsbewilligung hat er bekommen, weil er eine Arbeit angenommen hat die von vielen anderen Arbeitssuchenden abgelehnt worden war.

Mittlerweile arbeitet Herr Pacolli schon seit 2002 in Österreich.

Die Kinder besuchen in Gallneukirchen die Haupt- bzw. Volksschule, haben in dieser Zeit sehr viele Freundschaften geschlossen und spielen Fußball im Sportverein.

Die Pacolli`s haben sich in Österreich einen bescheidenen Wohlstand geschaffen, sind in der Gemeinde sehr gut integriert und glücklich über ein sicheres Zuhause.

Schon als der Asylantrag zweitinstanzlich negativ beschieden worden war, haben sich die Gallneukirchner sehr um den Verbleib der Familie eingesetzt: Bürgermeister Walter Böck, Pfarrer Klaus Dopler, Schuldirektorin Elfriede Schauer und unzählige andere Gemeindebewohner kämpften dafür das die Pacolli`s den humanitären Aufenthalt erreichen. Gespräche mit Politiker, Briefe seitens des Bürgermeisters an das Innenministerium und über 700 Unterschriften der Gemeindebewohner gab es.

Schon damals erwähnte Frau Außerweger von der Sicherheitsabteilung der Bezirkshauptmannschaft Urfahr - Umgebung: „Es handelt sich bei Familie Pacolli um einen gelungenen Fall von Integration. Über ein humanitäres Bleiberecht entscheidet das Innenministerium. Wir müssen abwarten.“

Jetzt ist es soweit, das Ansuchen auf Zustimmung der Erteilung des humanitären Aufenthaltes, das von allen Instanzen in Oberösterreich befürwortet worden ist, ist im Innenministerium abgelehnt worden und unbegründet!!! der BH Urfahr - Umgebung zurückgeschickt worden mit der Aufforderung die Ausweisung zu verfügen.

Die Pacolli`s stehen vor der drohenden Abschiebung.